

Thema des Monats

Infrastrukturinvestitionen angemahnt



Prof. Hartwig

(brb).-Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) verlangte auf seiner Infrastrukturkonferenz in Berlin, die Investitionen in die Verkehrswege des Bundes um jährlich 2 auf 12 Milliarden Euro zu erhöhen. Diesen Betrag habe vor 8 Jahren eine Regierungskommission als Investitionsbedarf festgelegt, doch tatsächlich würden vom Bund nicht einmal 10 Milliarden Euro investiert. Bundeskanzlerin Angela Merkel vermied eine Stellungnahme zu dieser Forderung der Industrie. Sie sieht vielmehr Spielraum für private Initiative auch im Verkehrswegebau durch öffentlich-private Partnerschaften.

Der BDI hatte seine Forderung durch ein Gutachten der Institute für Siedlungs- und Wohnungswesen, für Verkehrswissen-

schaft, für Informations-, Telekommunikations- und Medienrecht sowie für Volkswirtschaftslehre der Universität Münster untermauert. Prof. Dr. Karl-Heinz Hartwig betonte die Bedeutung einer gut ausgebauten Infrastruktur als ein wichtiger Standortfaktor im globalen Wettbewerb. Bislang weise die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich eine relativ gut ausgebaute Infrastruktur auf. Als gravierendes Versäumnis im Infrastrukturausbau bezeichnete er das Absinken der Investitionsquote des Staates seit 1992 von 2,7 Prozent auf 1,5 Prozent im Jahr 2007. Unzureichende Investitionen in Infrastruktur machten sich nicht sofort bemerkbar. Deshalb seien eigentlich notwendige Investitionen in der Vergangenheit zugunsten populärerer Ausgaben zurückgestellt worden. Prof. Hartwig unterstrich, dass Deutschland einen wesentlichen Teil seines Wohlstands der gut ausgebauten Verkehrsinfrastruktur

Fortsetzung Seite 2

Info-Veranstaltung der NBank für die Bauindustrie

(brb).-Anlässlich einer Gemeinschaftsveranstaltung des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen mit der NBank in Hannover informierten sich zahlreiche Vertreter von Mitgliedsunternehmen des Bauindustrieverbandes über Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten für die niedersächsische Bauindustrie.

Nach Begrüßung durch den Verbandspräsidenten, Prof. Dr.-Ing. Rolf Warmbold, stellte Dr. Sabine Johannsen, Mitglied des Vorstandes der NBank, ihr Institut und seine Aufgaben vor. Danach bietet die NBank niedersächsischen Unternehmen sowohl eine umfassende Erstberatung über die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Wohnraum- und Infrastrukturförderung, die in Niedersachsen in Anspruch genommen werden kann, als auch Unterstützung in allen Fragen der Finanzierungsstrategie, der Unternehmensstruktur

und des Finanzierungsaufbaus. Darüber hinaus bietet die NBank an ihren insgesamt fünf Standorten in Hannover, Braunschweig, Lüneburg, Oldenburg und Osnabrück auch Projektberatung in den Bereichen Infrastruktur, Innovation und Arbeitsmarkt an.



Überblick

1 Thema des Monats:

[Infrastrukturinvestitionen angemahnt](#)

[Info-Veranstaltung der NBank für die Bauindustrie](#)

2 Kommentar:

[Der Klima-Kompromiss](#)

[Kurz notiert](#)

[Neue Impulse für öffentlich-private Partnerschaften](#)

3 Forum Nord:

[Interview](#)

[mit Rita Pawelski,](#)

[Mitglied des Bundestages](#)

4 Trends und Märkte:

[Aus dem Landtag](#)

[Deutscher Brunnenbauertag im Ausbildungszentrum der Bauindustrie](#)

[Impressum](#)



Kommentar:

Fortsetzung Seite 1

verdanke. Niedrige Transportkosten und schnelle Beförderung von Gütern und Personen hätten auch im Zeitalter des Internets nichts von ihrer Bedeutung verloren. Der Verkehrssektor sei bis in die jüngste Vergangenheit weit überdurchschnittlich gewachsen. Zwischen 1980 und 2006 sei die Verkehrsleistung im Personenverkehr um gut 83 Prozent und im Güterverkehr sogar um 142 Prozent gestiegen. Mit jedem Prozent Wirtschaftswachstum nehme im Durchschnitt der Personenverkehr um 1,3 Prozent und der Güterverkehr um 2,2 Prozent zu. Eine Entkoppelung von Verkehrsleistungen und Wirtschaftswachstum sei auch in Zukunft nicht in Sicht. Die Investitionen in die Verkehrsinfrastrukturen – so Prof. Hartwig – dieser tragen Entwicklung nicht im Entferntesten Rechnung. Der aktuelle Verkehrswegeplan sei erheblich unterfinanziert. Die Wohl-

stands- und Wachstumsverluste, der unterlassenen Verkehrsinfrastrukturinvestitionen seien massiv. Hochgerechnet entstehe über die durchschnittliche Nutzungsdauer vieler Projekte pro investierter Milliarde ein volkswirtschaftlicher Bruttounutzen von etwa 5,2 Milliarden Euro bzw. an Wohlstandsgewinn (Nettonutzung) in Höhe von 4,2 Milliarden Euro. Allein die volkswirtschaftlichen Schäden durch Straßenverkehrsstaus werden bis zu 102 Milliarden Euro pro Jahr veranschlagt. Im Bereich der Stromversorgung zeichnet sich eine sehr bedenkliche Entwicklung ab; der dringende Neuinvestitions-, aber auch Ersatzbedarf werde nicht befriedigt. So sei ein Teil der Kohlekraftwerke veraltet und habe dementsprechend ungünstige Wirkungsgrade und 25 Prozent zu hohe CO²-Immissionen. Die zusätzlichen Netzinvestitionen erfordern zusätzlich 1,6 – 1,8 Milliarden Euro. Prof. Hartwig forderte

eine flächendeckende Versorgung mit breitbandigem Internet. Der Breitbandversorgungsgrad liege in Deutschland mit 23,8 Prozent der Bevölkerung zwar über dem EU-Durchschnitt, aber weit hinter den Spitzenreitern Dänemark (35,6 Prozent), Finnland (34,6 Prozent) und den Niederlanden (34,2 Prozent). Gerade bei der Versorgung des ländlichen Raums gebe es Nachholbedarf. Abschließend unterstrich Prof. Hartwig, dass Deutschland als rohstoffarmes und gleichzeitig mit hohen Lohnkosten operierendes Land in einer hervorragenden Infrastruktur einen wichtigen Wettbewerbsvorteil gegenüber konkurrierenden Volkswirtschaften besitze. Gerade eine sicher rapide wandelnde Gesellschaft müsse sich auch in ihrer Infrastruktur auf die neuen Gegebenheiten umstellen, sollten nicht wirtschaftliche und ökologische Chancen vertan werden.

Der Klima-Kompromiss

(brb).-Unsere Umwelt bleibt weltweit bedroht, und das in Berlin beschlossene behutsame Klimapakett wird daran wenig ändern. Vernünftige Umweltpolitik lässt sich schließlich nur mit Augenmaß betreiben und nicht im Hauruck-Verfahren. Deshalb kann sie stets nicht mehr als ein Versuch sein, das Unumgängliche und dringend Gewünschte sowie das überhaupt Mögliche und Zumutbare unter einen Hut zu bringen. In der Umweltpolitik sind hunderte widerstreitender zu berücksichtigen, und trotzdem lässt sich von vornherein absehen, die einen werden jedes Ergebnis als unzureichend bezeichnen, während es für die anderen bereits des Guten viel zu viel ist.

Auch das umfangreiche Klimaförderpaket, auf das sich die Große Koalition verständigt hat, ist naturgemäß erst nach zahlreichen Rücksichtnahmen hier und Zugeständnissen da geschnürt worden. Mithin ist es alles andere als der Weisheit letzter Schluss. Politische Kompromisslösungen haben jedoch im Gegensatz zu so genannten ehernen Gesetzen zweifellos Vorzüge. Unzulänglichkeiten werden meist ohne großen Lärm einvernehmlich wieder beseitigt, Kompromisse lassen sich für die täglichen Verwaltungsabläufe gebrauchsfähig machen, kurz: es lässt sich zurecht kommen mit gesetzgeberischen Beschlüssen, die nicht der reinen Lehre entsprechen und Wunschvorstellungen nicht haarklein umsetzen.

Daher wäre es falsch, die in Berlin verabredeten Maßnahmen in Bausch und Bogen abzulehnen. Gewiss, über manche Regelung mag einer den Kopf schütteln, und kritische Fragen sind durchaus angebracht wie beispielsweise die, warum denn beim Stichwort Verringerung des Energieverbrauchs in Berlin nicht an steuerliche Anreize für diejenigen gedacht wurde, die eigentlich bereit sind, die dafür notwendigen Investitionen vorzunehmen; sie würden sich dem Klima zuliebe sicherlich rasch entscheiden, das ökologisch und ökonomisch Richtige zu tun. Angebracht ist nicht zuletzt der wichtige Hinweis, dass sich die erprobte und bewährte Beteiligung privater Geldgeber auch bei der energiesparenden Sanierung öffentlicher Gebäude lohnt; in die niedersächsischen Richtlinien zum Klimaförderpaket gehört deshalb ausdrücklich das Stichwort PPP.

Kurz notiert

(brb).-Im 1. Quartal 2008 wurden in den alten Bundesländern 420 Insolvenzen im Bauhauptgewerbe registriert. Das waren 4,2 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

In den neuen Bundesländern betrug die Zahl der Insolvenzen im 1. Quartal 2008 im Bauhauptgewerbe 138. Das entspricht einem Rückgang von 29,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Neue Impulse für öffentlich-private Partnerschaften

(brb).-Die deutsche Bauindustrie unterstützt die Pläne der Bundesregierung zur Errichtung einer Partnerschaften Deutschland Gesellschaft. Die Gesellschaft soll maßgeblich dazu beitragen, die PPP-Idee auch auf der Ebene des Bundes und der Länder besser zu verankern – und zwar nicht nur im öffentlichen Hochbau, sondern auch im Verkehrswegebau.



Forum Nord

Die Bauwirtschaft aus Berliner Sicht

**(brb).Im Gespräch mit Rita Pawelski,
Mitglied des Bundestages**

Baurundblick: Frau Pawelski, Sie sind Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie und stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses Regionale Wirtschaftspolitik im Deutschen Bundestag. Der Wirtschaftsausschuss prüft alle Vorlagen zur Umsetzung des EU-Binnenmarktes und sieht sich als Hüter des Mittelstandes. Wie beurteilen Sie den Stand, den der wirtschaftliche Harmonisierungsprozess innerhalb der EU bisher erreicht hat?

Rita Pawelski: Die wirtschaftliche Harmonisierung innerhalb der Europäischen Union ist in den letzten Jahren deutlich vorangeschritten. Das begrüße ich, denn sie ist Voraussetzung für grenzüberschreitende wirtschaftliche Aktivitäten, stärkt Europa insgesamt als Wirtschaftsstandort und gibt wichtige Reformanstöße. Wir achten aber darauf, dass die EU nur den Rahmen vorgibt und den Mitgliedstaaten genügend Freiraum gelassen wird, diesen zu füllen. Dies ist sehr wichtig, da die wirtschaftlichen Bedingungen und Strukturen in jedem Land andere sind.

Baurundblick: Die Globalisierung zwingt die Unternehmer, sich einem ständigen Anpassungsprozess zu unterwerfen. Welche Chancen hat die hiesige Bauwirtschaft, sich aufgrund ihrer Standortgebundenheit gegenüber dem Angebot von das hiesige Tarif- und Lebenshaltungsniveau unterschreitenden Angebote mit günstigen Lohnkosten zu behaupten?

Rita Pawelski: Konkrete Aussagen über die Zukunftschancen der Bauwirtschaft sind schwierig, da sie von mehreren Faktoren abhängen. Die Lohnkosten sind ohne Zweifel ein Faktor, der im globalisierten Wettbewerb bremst. Ich freue mich daher, dass es CDU und CSU gelungen ist, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 3,3 Prozent zu senken – das

entlastet nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Arbeitgeber. Und wir versuchen, den Beitrag noch weiter zu senken.

Gefährdet wird die Zukunft der Bauwirtschaft auch durch die Schwarzarbeit – sie ist in Deutschland nach wie vor stark verbreitet und muss schonungslos bekämpft werden. Die Bundesregierung hat deshalb Anfang Juni das Aktionsprogramm „Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt“ beschlossen, mit dem der Kampf gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung weiter intensiviert wird.



Neben Lohnkosten und Schwarzarbeit hängt die Konkurrenzfähigkeit auch davon ab, ob die Unternehmen der Bauwirtschaft innovative Ideen entwickeln, Bauprozesse optimieren und dadurch die Qualität erhöhen können. Die Unternehmen müssen so viel besser sein wie sie teurer sind. Die Bundesregierung unterstützt dies mit der Bauforschungsinitiative. Damit werden insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen gestärkt, die aus eigener Kraft keine Forschung betreiben können.

Baurundblick: Sie sind persönlich auch in der Wohnungspolitik engagiert. Die Fertigstellungszahlen für Wohnungen in Neu- und Altbauten sind im vergangenen Jahr auf ca. 230.000 Wohneinheiten zurückgegangen. Wie beurteilen Sie die Entwicklung des Wohnungsmarktes in Deutschland und insbesondere in Niedersachsen und Bremen?

Rita Pawelski: Die Abschaffung der Eigenheimzulage zum 1. Januar 2006 führte dazu, dass der Wunsch, ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung zu bauen, vorgezogen wurde – der Markt boomte zur damaligen Zeit, jetzt ist es entsprechend ruhiger geworden.

Dass in Deutschland im Moment so wenige Wohnungen gebaut werden und wir beim Wohnungsbau zu den Schlusslichtern Europas gehören, ist für die Bauwirtschaft fatal und für mich eine sehr unbefriedigende Situation. Aber es geht – wenn auch erst leicht – aufwärts: Am Jahresanfang 2008 lag die Zahl der Baugenehmigungen für neue Wohngebäude vier Prozent über der Vorjahresgröße. Die Genehmigungen für Ein- und Zweifamilienhäuser nahmen um 4,7 Prozent, die für Mehrfamilienhäuser um 3,7 Prozent zu.

Um diesen Trend weiter zu fördern, hat die Große Koalition Anreize geschaffen: Mit dem Eigenheimrentengesetz wird ermöglicht, dass Mittel aus der „Riester-Rente“ zukünftig für die Finanzierung von Wohnungs- und Eigenheimbau eingesetzt werden können. Diese Maßnahme wird neue Impulse für die Bauwirtschaft in Deutschland bringen!



Trends und Märkte

Aus dem Landtag

Auszüge aus der Debatte am 5. Juni 2008 im Niedersächsischen Landtag betreffend die Anfrage der Fraktion DIE LINKE „Handlungsbedarf zur Sicherung sozialer Standards im EU-Recht und des Lohnniveaus im niedersächsischen Baugewerbe“

Enno Hagenah (GRÜNE)

Vielen Dank, Herr Präsident. – Wie beurteilt die Landesregierung aus heutiger Sicht nach dem EuGH-Urteil die Auswirkungen und die Anwendbarkeit des niedersächsischen Landesvergabegesetzes und mögliche Anpassungsnotwendigkeiten, nachdem sie unmittelbar nach dem Urteil, speziell durch Staatssekretär Werren, praktisch die komplette Aufhebung des Gesetzes verkündet hatte, auch bezogen auf alle laufenden Vergaben, im Ausschuss hingegen der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst des Landtages deutlich machte, dass nach seiner rechtlichen Auffassung das derzeitige Landesvergabegesetz in weiten Teilen weiterhin Gültigkeit habe und mit wenigen Veränderungen in Gänze europarechtskonform gemacht werden könne?

Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Interpretation des Urteils ist präzisiert worden, wie Sie wissen. Nicht mehr gelten, weil europarechtswidrig, alle Bestimmungen, die sich auf Tarifvertragsregelungen beziehen. Dagegen sind die anderen Regelungen, z. B. § 5, wonach es möglich ist, nach unten abweichende Angebote besonders zu prüfen und gegebenenfalls auszusortieren, nach wie vor in Kraft. Das ist auch in der Interpretation auf der Internetseite des Wirtschaftsministeriums dargestellt worden.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Hagenah, der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst hat eine andere Position vorgetragen, als es die Auffassung der Juristen jedenfalls meines Hauses ist. Wir können uns eine endgültige Auffassung erst dann bilden, wenn diese Position des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes detaillierter begründet worden ist, als es bisher der Fall ist. Insofern ist die Frage juristisch noch nicht endgültig beantwortet. Deswegen habe ich vorhin materiell geantwortet und Ihnen gesagt: Materiell ist es

so, dass die nicht beanstandeten Teile auch in Zukunft Bestand haben sollen.

Ronald Schminke (SPD)

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung, welche Maßnahmen ergriffen werden, um die heimische Bauwirtschaft zu schützen. Sie beklagt vehement, dass sie Wettbewerbsnachteile hat, weil ihre Betriebe tarifgebunden sind und nicht den Mindestlohn, sondern den Tariflohn von mittlerweile 15,15 Euro einzuhalten haben, während die Billigkonkurrenz mit 12,50 Euro auf dem Markt ist. Was gedenken Sie zu tun, um denen zu helfen?

Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Natürlich müssen wir im Übrigen immer wieder - Sie haben in der Region Göttingen leider die schlimmsten Erfahrungen machen müssen – die Kontrollen so weit verschärfen, dass wir einem Missbrauch, der bei allen papiernen Formalitäten immer wieder auftreten kann, schneller auf die Spur kommen.

Enno Hagenah (GRÜNE)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung jenseits der

offensichtlich noch in Klärung befindlichen rechtlichen Thematik, ob sie überhaupt das inhaltliche Ziel verfolgt, im Sinne des vor dem EuGH-Urteil gültigen Landesvergabegesetzes die niedersächsische Bauwirtschaft vor Billigkonkurrenz nicht nur aus dem europäischen Ausland, sondern auch aus anderen Bundesländern mit deutlich niedrigeren Tarifentgelten zu schützen oder ob sie dieses inhaltliche Ziel mit den von ihr beabsichtigten neuen Vorschlägen nicht mehr verfolgt.

Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unser Ziel ist es, die nach dem Grundgesetz gegebene Tarifhoheit der Sozialpartner zu respektieren. Deswegen wollen wir in diesem Zusammenhang tariflich vereinbarte Löhne als Teil von Angeboten prüfen und haben. Keine Landesregierung in Deutschland wird die Möglichkeit haben, auf niedersächsischen Tarifen zu bestehen, nur weil vielleicht in Bayern oder im Saarland andere Tarife vereinbart worden sind. Das ist völlig klar. Zu diesen Fragen muss eine Regelung auf Bundesebene getroffen worden sein, ehe wir regional tätig werden können.

Deutscher Brunnenbauertag im Ausbildungszentrum der Bauindustrie

(brb).-Im Bau-ABC Rostrup des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen wurden in diesem Jahr die Deutschen Brunnenbauertage durchgeführt. Rund 1.000 Fachbesucher nutzen die Veranstaltung, um sich anhand von praktischen Beispielen über die neuesten Entwicklungen im Brunnenbaubereich zu informieren.

Das Veranstaltungsprogramm wurde durch diverse Seminare abgerundet.



Impressum

Druckerei Gebrüder Höltje GmbH
Escherstraße 22, 30159 Hannover
Telefon (05 11) 70 08 60
Telefax (05 11) 7 00 86 86
ISDN (05 11) 7 00 86 71
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale
Konto 101020 964, BLZ 250 500 00

Sparkasse Hannover
Konto 547 646, BLZ 250 501 80
Verantwortlich: Dr. Hans-Peter Sattler

Nachdruck, auch auszugsweise gestattet. Quellenangabe und Belegexemplare erbeten.